



An Herrn
Volker Kauder, MdB
Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Deutscher Bundestag Platz der Republik 1
11011 Berlin

Berlin, 7. November 2011

Offener NRO-Brief anlässlich der 4. Revisionskonferenz der VN-Waffenkonvention (14.-25.11.2011) in Genf und der Entscheidung über eine völkerrechtliche Legalisierung von Streumunition.

Sehr geehrter Herr Kauder,

wir schreiben Ihnen heute in größter Sorge über einen sich abzeichnenden Vorzeichenwechsel bei der deutschen Rüstungskontrollpolitik.

Am 23. April 2009 stimmten, wie Sie wissen, alle Fraktionen des Deutschen Bundestages dem Gesetzentwurf der Bundesregierung (16/12226) zum Übereinkommen über Streumunition (oder „Oslo-Konvention“) und damit einem vollständigen Verbot von Streumunition zu. Dies war ein notwendiger Schritt. Durch Streumunition wurden bislang wahrscheinlich bis zu 85.000 Personen getötet oder verletzt. Die bei weitem größte Zahl der registrierten Opfer sind Zivilisten, häufig Kinder.

Die Konvention stellt eine bedeutende Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts dar. In vielen Ländern wird den Opfern jetzt geholfen und Blindgänger werden geräumt. Darüber hinaus hat die Konvention maßgeblich zu einer erfolgreichen Stigmatisierung von Streumunition beigetragen. Große Anwenderländer, die der Konvention nicht beigetreten sind (USA, China oder Russland), verzichten mittlerweile auf den Einsatz.

Bundesaußenminister Dr. Guido Westerwelle nannte die Konvention zu Recht einen "Meilenstein hin zu einer weltweiten Ächtung dieser unmenschlichen Waffen" und rief alle Staaten auf, sich dem Streumunitionsverbot schnellstmöglich anzuschließen.

Mit größter Sorge blicken wir nun aber auf die anhaltenden Bemühungen der Bundesregierung zu Gunsten eines zweiten Verbotsprotokolls für Streumunition im Rahmen der VN-Waffenkonvention (*Draft protocol on cluster munitions 26th August 2011*).

Dieses Protokoll würde nach Stand der Dinge den weiteren Gebrauch und die Produktion von Streumunition zulassen, welche schlimmstes Leid bei Zivilisten verursacht. Es bliebe damit weit hinter den humanitären Standards der OSLO-Konvention zurück. Vollständige Produktionsverbote, Unterstützungsverbote (z.B. durch Finanzierung) für die Herstellung sowie Zerstörungsfristen für vorhandene Bestände an Streumunition sind ebenfalls nicht vorgesehen, ebenso wenig wie verbindliche Regelungen für die Opferfürsorge.

Deutschland ist auch bei einer Zustimmung zum Protokoll weiter an den höheren Standard der Oslo-Konvention gebunden.

Aber Deutschland würde anderen (USA, Russland, China, Israel, Indien, etc.) die Produktion und den Einsatz von Streumunition mit den neuen, spezifischen völkerrechtlichen Bestimmungen erlauben und damit humanitäre Standards absenken. Unseres Erachtens

stünde eine Zustimmung zum Protokoll außerdem im Widerspruch zu Deutschlands völkerrechtlichen Verpflichtungen der Oslo-Konvention. Denn Artikel 1c und 21 der Konvention verpflichten dazu, andere Staaten nicht zu unterstützen oder zu ermutigen etwas zu unternehmen, was aufgrund der Konvention verboten ist.

Wir rufen deshalb die CDU/CSU-Fraktion mit allem Nachdruck dazu auf, die Bundesregierung aufzufordern, eine Aufweichung des Verbotes von Streumunition im Rahmen der VN-Waffenkonvention zu verhindern und weiterhin für die Oslo-Konvention als völkerrechtlichen Standard in dieser Frage zu werben. Die Plenarsitzung am 10.11.2011 bietet dazu die erste Gelegenheit.

IKRK Präsident Jacob Kellenberger und die „Cluster Munition Coalition“ haben mit ihren Schreiben an Außenminister Westerwelle einen ähnlichen Aufruf verbunden.

Sehr geehrter Herr Kauder, unser Land läuft Gefahr seine Glaubwürdigkeit und Reputation, die es mit der Unterstützung des „OSLO-Prozesses“ erworben hat, aufs Spiel zu setzen. Der Deutsche Bundestag darf seine Entscheidung aus dem Jahre 2009 nicht konterkarieren und neuen völkerrechtlichen Vereinbarungen zustimmen, die den Einsatz von Streumunition erlauben, der durch die Oslo-Konvention geächtet wurde.

Für Rückfragen und ein persönliches Gespräch stehen wir jederzeit gern zur Verfügung.

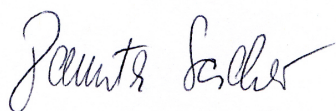
Mit freundlichen Grüßen



Dr. Klaus Seitz
Leiter der Abt. Politik und Kampagnen
Brot für die Welt



Pfarrer Jürgen Reichel
Leiter Entwicklungspolitischer Dialog
Evangelischer Entwicklungsdienst



Danuta Sacher
Geschäftsführerin
terre des hommes Deutschland e.V.



Wenzel Michalski
Direktor
Human Rights Watch Deutschland e.V.



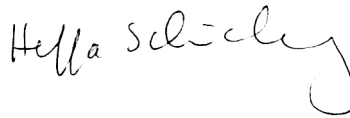
Paul Bendix
Geschäftsführer
Oxfam Deutschland e.V.



Christine Hoffmann
Generalsekretärin
pax christi - Deutsche Sektion



Marion Gnanko
Stellv. Geschäftsführerin
solidaritätsdienst international e.V.



Heffa Schücking
Geschäftsführerin
urgewald e.V.



Dr. Oliver Müller
Leiter
Caritas international



Christian Schneider
Geschäftsführer
UNICEF Deutschland



François De Keersmaeker
Geschäftsführer
Handicap International e.V.



Markus Dufner
Geschäftsführer
Dachverband der Kritischen
Aktionärinnen und Aktionäre



Thomas Küchenmeister
Koordinator
FACING FINANCE
(Cluster Munition Coalition in Deutschland)

Anlagen:

Draft protocol on cluster munitions 26th August 2011
http://www.facing-finance.org/wp-content/uploads/CCW-Protokoll_Streumunition.pdf

Stellungnahme von Facing Finance im UA Abrüstung des Deutschen Bundestages, 19.10.11.
http://www.facing-finance.org/wp-content/uploads/Statement_FACING_FINANCE_UA_Abr%C3%BCstung_19-10-11.pdf

Rückfragen an: Thomas Küchenmeister, FACING FINANCE,
kuechenmeister@facing-finance.org .

CC:

Rainer Brüderle, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag
Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag.
Jürgen Trittin, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Deutschen Bundestag.
Gregor Gysi, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag.